

Wirtschaftskrise oder Krise der Wirtschaftspolitik?

Norbert Walter

Deutschland steckt zu Beginn des Wahljahres 2002 in der Rezession. Der wirtschaftliche Höhenflug zur Jahrhundertwende mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von drei Prozent im Jahr 2000 erweist sich damit als ein Flugversuch von nur kurzer Dauer. Ein Blick auf die Quartalsentwicklung zeigt, dass die deutsche Wirtschaft schon ab Mitte 2000 kaum noch gewachsen ist. Seit dem dritten Quartal des vergangenen Jahres ist die Wirtschaftsleistung sogar rückläufig.

Wesentliche Konjunkturindikatoren wie Auftragseingänge und Produktion weisen deutlich nach unten. Bei Unternehmen und Verbrauchern herrscht große Unsicherheit. Sie äußert sich in Investitions-Attentismus und Maßnahmen zur Kostendämpfung bei den Unternehmen und in Kaufzurückhaltung bei den Verbrauchern. Letztere war freilich durch die Verwendung von D-Mark-Bargeld zu Sonderkäufen insbesondere im Weihnachtsgeschäft überlagert.

Steiler Anstieg der Arbeitslosigkeit

Bezogen auf das gesamte Jahr 2001, dürfte der Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt lediglich etwa ein halbes Prozent betragen haben. Der Begriff Wachstum ist in dieser Lage ein Euphemismus. Da das Wirtschaftswachstum schwächer ist als das Wachstum des Produktionspotenzials bzw. der Produktivität, fällt die Kapazitätsauslastung, während die Arbeitslosigkeit steigt. Die Zahl der Arbeitslosen wird in diesem Winter die Marke von vier

Millionen nennenswert übersteigen. Dies ist umso problematischer, als der Aufschwung im Jahr 2000 zu kurz war, um die viel zu hohe Sockelarbeitslosigkeit zu vermindern.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit verunsichert die Verbraucher nachhaltiger als die Terroranschläge vom 11. September 2001 und erschwert damit auch die konjunkturelle Erholung. Nach den starken Einbrüchen der wirtschaftlichen Aktivitäten in den letzten Monaten wird es in diesem Jahr sehr schwer, überhaupt noch Wirtschaftswachstum zu erreichen. Die Prognose des Sachverständigenrates von 0,7 Prozent ist aus heutiger Sicht bereits sehr optimistisch. Stagnation ist wahrscheinlicher.

Nach aller Erfahrung ist in Deutschland jedoch ein Wirtschaftswachstum von mindestens zwei Prozent erforderlich, wenn die Beschäftigung nachhaltig steigen soll – auch wenn in jüngster Zeit Teilzeitarbeitsplätze wohl selbst bei geringeren Wachstumsraten geschaffen werden konnten. Damit bleibt die Perspektive für den Arbeitsmarkt vorerst düster. Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder selbst aufgestellte Messlatte für seine Wiederwahl wird aller Voraussicht nach deutlich verfehlt: Statt der angestrebten dreieinhalb Millionen Arbeitslosen werden es im Jahr 2002 wohl mehr als vier Millionen werden. Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl wird die Arbeitslosigkeit mit etwa 4,1 Millionen (saisonbereinigt) wieder in etwa auf dem Niveau vom Herbst 1998, das heißt dem hohen

Ausgangspunkt vor der letzten Bundestagswahl, liegen.

Aber nicht allein am Arbeitsmarkt steht die rot-grüne Koalition von Bundeskanzler Schröder, die im Herbst 1998 ihre Arbeit mit vielen Vorschusslorbeeren aufgenommen hat, wenige Monate vor dem Ende der Legislaturperiode wieder dort, wo sie begonnen hat. In wichtigen anderen Bereichen ist ebenfalls kein Fortschritt erkennbar, werden beim Regierungswechsel angekündigte wirtschaftspolitische Zielmarken verfehlt. Dies gilt etwa für die Reduzierung der Sozialabgabenbelastung, die Beschränkung der Staatstätigkeit und die Rückführung der öffentlichen Budgetdefizite, um nur einige besonders gewichtige Zielverfehlungen zu nennen. Selbst wenn man für das Jahr 2002 die optimistische Wachstumschätzung des Sachverständigenrates unterstellt, bleibt das durchschnittliche Wirtschaftswachstum mit weniger als 1,5 Prozent per anno in der laufenden Legislaturperiode noch hinter den dürftigen Werten von gut 1,5 Prozent per anno zurück, die in den davor liegenden vier Jahren zu Stande kamen.

Damit ist und bleibt Deutschland Schlusslicht in Europa! Die Wirtschaftsleistung in der Gemeinschaft der fünfzehn wie auch in den zwölf Ländern der Währungsunion dürfte im vergangenen Jahr immerhin um rund einviertel Prozent gestiegen sein und 2002 um rund ein Prozent zunehmen.

Diese schlechte Performance wird – nicht nur von Vertretern der Bundesregierung – gerne mit Verweis auf Deutschlands große Abhängigkeit von der Entwicklung der Weltwirtschaft erklärt. Wer so argumentiert, liegt schief. Dann müssten wir in den Jahren mit starkem Welt-handelswachstum auch überproportional profitiert haben, was nicht zutrifft. Es ist zwar richtig, dass Deutschland derzeit von der Außenflanke her Gegenwind erhält. Jede der großen Wirtschaftsregionen

der Triade befindet sich aber in einer Rezession. Der langjährige Überflieger USA hat die harte Landung nach einem beispiellosen Investitionsboom, verstärkt durch die Euphorie um die *new economy*, noch nicht verarbeitet. Europa ist von der schwachen US-Konjunktur infiziert. Japan kränkelt wegen seiner ungelösten Strukturprobleme seit zehn Jahren. Ergebnis ist ein gleichlaufender globaler Abwärtstrend, den es so seit über zwei Jahrzehnten nicht mehr gab. Dass sich Deutschland mit einer Exportquote von über 30 Prozent diesem schwierigen Fahrwasser nicht entziehen kann, lässt sich ernsthaft nicht bestreiten.

Hausgemachte Wachstumsschwäche

Aber es wäre zu kurz gesprungen, die schwache Weltkonjunktur oder gar die Terroranschläge des 11. September 2001 für die mangelnde Wirtschaftsdynamik hier zu Lande verantwortlich zu machen. Das Wegbrechen der außenwirtschaftlichen Triebkräfte zeigt vor allem eines: Unser einmalig kräftiges Wachstum im Jahr 2000 war weitgehend vom Ausland geborgt. Ohne starke Zuwächse im Exportsektor geht es in diesem Land wirtschaftlich offenkundig kaum mehr voran.

Selbst im schlechten Jahr 2001 waren es die Nettoexporte, die Schlimmeres verhinderten. Die Schwäche der Inlandsnachfrage trug überproportional zum konjunkturellen Abschwung bei. Dies muss umso mehr zu denken geben, als die Bundesregierung gehofft hatte, mit der Einkommensteuersenkung von 28 Milliarden D-Mark der Binnenkonjunktur einen großen Impuls zu geben. Dieser ist weitgehend verpufft – unter anderem wegen der Preissteigerungen bei Öl und Nahrungsmitteln infolge von BSE und MKS, aber auch wegen einer Fülle von störenden Gegenbuchungen in der Wirtschaftspolitik.

Wenn er überhaupt läuft, dann läuft der Konjunkturmotor allenfalls auf einem

Zylinder, nämlich der Ausfuhr. Die anderen drei Zylinder, der Staatssektor, die Investitionen und vor allem der private Konsum, laufen alles andere als rund. Das aber sind die binnenwirtschaftlichen Triebkräfte, auf die es gerade jetzt ankäme.

All dies verweist auf hausgemachte Krisenursachen. Deutschland ist offenkundig noch nicht über den Berg seiner Strukturprobleme. Vieles deutet darauf hin, dass die in den letzten Jahren von der rot-grünen Bundesregierung durchgeführten Reparaturarbeiten für eine nachhaltig wirksame Generalüberholung des Standortes Deutschland nicht hinreichend waren. Das heißt nicht, Maßnahmen wie die rot-grüne Steuerreform oder die Rentenreform kleinzureden. Ohne diese Reformen wäre es vermutlich noch schlimmer gekommen. So hat die Steuerreform nicht nur nennenswerte Entlastungen für die Steuerzahler gebracht. Mit ihr ist seit Anfang 1999 auch eine schrittweise Verminderung der überhöhten Einkommensteuersätze in die Wege geleitet worden. Mit der Unternehmensteuerreform (Absenkung der Körperschaftsteuersätze für ausgeschüttete Gewinne von dreißig Prozent und für einbehaltene Gewinne von vierzig Prozent auf einheitlich 25 Prozent) konnte sich Deutschland im Wettbewerb der Steuerstandorte wenigstens um einige Plätze verbessern. Und die Steuerbefreiung der Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften erleichtert die Restrukturierung vieler Firmen. Kurzum: Die Angebotsseite hat sich merklich verbessert.

Privates Vorsorgekapital

Die jüngste Rentenreform ist im Ansatz zu begrüßen. Der Einstieg in die kapitalgedeckte Rente stellt einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel dar. Bei der Finanzierung der Altersrenten gilt das Umlageverfahren nicht mehr länger als sakrosankt, sondern zu Recht als der Er-

gänzung bedürftig. Zu diesem Zweck wird das private Vorsorgesparen für das Alter erstmalig auf breiter Front gefördert. Die neue Förder-Rente weist freilich im Detail bürokratische Auswüchse insbesondere im Hinblick auf die Zertifizierung der Vorsorgeprodukte auf. Zudem geht sie wegen der Begrenzung zum einen des Begünstigtenkreises auf Pflichtversicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung und zum anderen des steuerlich absetzbaren Vorsorgebeitrags auf maximal 2100 Euro im Jahr 2008 bei weitem nicht weit genug. Erfreulich ist indes, dass bis vor kurzem noch vorhandene Gesetzeslücken wegen fehlender Vorschriften für die Vermögensanlage der neu geschaffenen Pensionsfonds und für die Eigenkapitalausstattung der Anbieter von Vorsorgeprodukten in jüngster Zeit durch liberale Regeln geschlossen wurden.

Wenn künftig vermehrt privates Vorsorgekapital gebildet wird, werden nicht nur die Renten wetterfester. Auch der Kapitalmarkt wird von einem erhöhten Mittelangebot und der verstärkten Präsenz institutioneller Anleger wie Pensionsfonds profitieren. Diese werden für ein erweitertes Angebot an Wagniskapital und für eine möglichst effiziente Kapitalverwertung in den Unternehmen, das heißt für eine gesteigerte Kapitalproduktivität, sorgen. Auf diese Weise verbessern sich die Voraussetzungen für einen Übergang der deutschen Wirtschaft auf einen steileren Wachstumspfad.

Dass die erwartete Signalwirkung der Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung bislang noch ausgeblieben ist, dürfte neben den skizzierten Mängeln auch auf der fehlenden arbeitsmarktpolitischen Flankierung beruhen. Wirtschaftswachstum erfordert ein reibungsloses Zusammenspiel der drei elementaren Märkte, nämlich von Gütermärkten, Finanzmärkten und Arbeitsmärkten. Damit die Gütermärkte und somit letztlich

die Wirtschaft insgesamt friktionsfrei expandieren können, muss ein effizienter Einsatz der Ressourcen Kapital und Arbeit möglich sein. Unter den realen Bedingungen unserer Zeit, in der Wirtschaftswachstum infolge der Globalisierung und der vielfältigen neuen technologischen Möglichkeiten mehr denn je als Prozess der „schöpferischen Zerstörung“ im Sinne Schumpeters vonstatten geht, impliziert dies ein hohes Maß an Flexibilität der Faktormärkte. Wo sich Arbeit und Kapital rasch von tradierten stagnierenden oder schrumpfenden Sektoren weg und hin zu neuen zukunftsweisenden Verwendungen bewegen können, dort – und nur dort – kann sich wirtschaftliche Dynamik voll entfalten. Das lehrt der beeindruckende, von lebhafter Innovationstätigkeit und unzähligen Unternehmensgründungen angetriebene Aufschwung der neunziger Jahre in den USA.

Diese Erkenntnisse hat die Wirtschaftspolitik in Deutschland bislang ignoriert. Der in einigen Bereichen auf die Schiene gesetzte Reformzug hat einen weiten Bogen um den viel zu unbeweglichen deutschen Arbeitsmarkt gemacht, ungeachtet dessen zentraler Bedeutung für das Wirtschaftswachstum. Schlimmer noch, mit zahlreichen zusätzlichen Regulierungen hat die rot-grüne Arbeitsmarktpolitik sogar einen Salto rückwärts vollzogen. Die Verschärfung des Kündigungsschutzes (für Betriebe von fünf bis zehn Mitarbeitern), die Wiedereinführung der vollen Lohnfortzahlung, das 630-Mark-Gesetz, die Regulierung der so genannten Scheinselbstständigkeit, die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung, das Teilzeitgesetz und zuletzt das Tariftreuegesetz, all dies ist das Gegenteil dessen, was eine moderne Volkswirtschaft braucht.

Deregulierungsrückstände gibt es aber nicht nur am Arbeitsmarkt. Beim Bahnverkehr, bei den Postdiensten, bei der Energieversorgung sowie bei der Wasser-

ver- und -entsorgung verhindert die fehlende Bereitschaft zu konsequenter Liberalisierung und Privatisierung ein besseres Angebot, das heißt eine hohe Qualität und günstigere Preise, einzel- und volkswirtschaftlich wichtige Vorleistungen. Darüber hinaus ist mit dem Gesundheitsmarkt einer der wichtigsten Zukunftsmärkte weiterhin in den engen Fesseln von Überregulierung und Zwangswirtschaft gefangen. In all diesen und anderen Bereichen wie etwa beim Ladenschluss oder – wichtiger noch – bei der Vereinfachung des Steuerrechts hat die von der Bundesregierung angekündigte Modernisierung der Wirtschaft nicht stattgefunden.

Strukturreformen gefordert

Die Überwindung der Krise erfordert eine gute Wirtschaftspolitik, die sowohl wirksame Impulse für eine konjunkturelle Erholung setzt als auch bislang versäumte Strukturreformen in Angriff nimmt. Im Hinblick auf die konjunkturellen Probleme muss die Politik endlich den Ernst der Lage einer globalen Rezession mit der Gefahr einer deflationären Abwärtsspirale zur Kenntnis nehmen. Dazu gehört die Einsicht, dass Zinssenkungen der Notenbanken, wie sie richtigerweise vor allem die Fed in den USA, aber auch die EZB vorgenommen haben, allein kein hinreichendes Instrument für eine rasche Erholung sind, wenn die Gefahr einer Liquiditätsfalle droht.

Es ist daher nicht sachgerecht, dass die Finanzpolitik darauf besteht, nicht – auch nicht befristet – von dem unter ganz anderen Umständen eingeschlagenen Sparkurs abzuweichen. Das Sparen der öffentlichen Hand darf nicht Selbstzweck sein – so wichtig das Ziel der Haushaltskonsolidierung mittelfristig auch ist. Vor allem darf nicht einseitig nur zu Lasten der öffentlichen Investitionen gespart werden, wie das bedauerlicherweise in Deutschland der Fall ist. Der Finanzminister ist

durch die Notwendigkeit des sparsamen Haushaltens keineswegs aus seiner konjunktur- und wachstumspolitischen Verantwortung entlassen.

Eine Politik, die dieser Verantwortung gerecht wird, müsste in der aktuellen Lage Zeichen setzen. Zu denken ist vor allem an das Vorziehen der für 2003/2005 beschlossenen Steuersenkungen. Um konjunkturrell effektiv zu sein, sollte man außer der Senkung der Steuersätze einen Teil der Grundfreibetrags erhöhungen, die für 2005 vorgesehen sind, jetzt umsetzen, notfalls retroaktiv für das Jahr 2002. Zudem sollten rasch verwirklichtbare Infrastrukturinvestitionen vorgenommen werden. Für diese Maßnahmen sprechen nicht nur die daraus resultierenden stützenden Impulse für die Gesamtnachfrage. Mindestens ebenso wichtig sind die angebotspolitischen Effekte, so zum Beispiel die Förderung des mittelfristigen Wirtschaftswachstums durch verbesserte Leistungsanreize und durch Verminderung von Infrastrukturengpässen (Staus auf Straßen etc.).

Kurskorrektur der Finanzpolitik

Sicherlich brächte eine solche Kurskorrektur der Finanzpolitik für Deutschland 2002 ein Haushaltsdefizit außerhalb dessen, was im Stabilitäts- und Wachstumspakt zum Maastricht-Vertrag zugelassen ist, also von mehr als drei Prozent, gemessen am BIP. Dies sollte jedoch in Anbetracht der außergewöhnlichen Umstände (der durch die Terroranschläge des 11. September 2001 verschärften globalen Rezession) akzeptiert werden. Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene Ermessensentscheidung bietet die rechtliche Möglichkeit dazu. Mit zwei Dritteln der Stimmen (der übrigen EU-Länder) sollte als Reaktion auf ein Ereignis außerhalb der Kontrolle (11. September) eine Maßnahme ergriffen werden, die vorübergehend (das heißt für 2002) eine Verletzung der Drei-Prozent-Regel

duldet, weil mit ihr eine realistische Chance auf eine Rückkehr zum Wachstumspfad im Jahre 2003 besteht und damit die Perspektive wieder verminderter Haushaltsdefizite, die im Einklang mit Maastricht-Vertrag und Stabilitäts- und Wachstumspakt stehen. Wichtig wäre freilich, dass diese Strategie nicht im Alleingang, sondern im Schulterschluss mit anderen EU-Ländern umgesetzt würde.

Für den Fall, dass Finanzmärkte und Bürger eine solche Anpassung der Finanzpolitik als permissiv interpretieren, könnte es hilfreich sein, die Maßnahmen für 2002 mit einem Bündel von Entscheidungen zu verbinden, das verbindlich festlegt, die Ausgaben für Subventionen und Soziales ab 2003 progressiv zu reduzieren, etwa durch Erhöhung des Renteneintrittsalters, die zunehmende Reduzierung des Arbeitslosengeldes nach Ablauf bestimmter Fristen und die Erhöhung der Selbstbeteiligung bei der Krankenversicherung. Damit würden die aus dem Ruder laufenden Ausgaben der sozialen Sicherung eingefangen. Eine solche Maßnahme wäre zur Vertrauensstabilisierung in Zeiten des demografischen Umbruchs von hohem Nutzen.

Es spricht nichts dagegen, dieses Maßnahmenbündel mit erneuten Anstrengungen zu kombinieren, vor allem auf der kommunalen Ebene durch Privatisierung von staatlichen Betrieben die Haushaltslage zu entschärfen und unternehmerische Optionen für die Mittelständler vor Ort zu generieren. Wenn die Krise auf diese Weise als Chance für neue finanzpolitische Weichenstellungen hin zu einem leistungsfähigen, modernen, schlanken Staat verstanden würde, einem Staat, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt und diese effizient erfüllt, wäre weit über die gegenwärtige Problemlage hinaus viel gewonnen.

Damit wären dann bereits wichtige Punkte auf der Agenda unverzichtbarer Strukturreformen abgearbeitet. Dieser

Agenda muss die Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren ihre volle Aufmerksamkeit widmen. Neben der Weiterführung der Steuerreform, die dringend auch eine Durchforstung des Steuerrechts und eine weitere Absenkung der Einkommensteuersätze, insbesondere des Spitzensatzes auf deutlich unter vierzig Prozent, einschließen sollte, und der Modernisierung des Staatssektors einschließlich der Sozialsysteme geht es dabei vor allem um die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Sicherung eines hinreichenden Angebots an Arbeitskräften. Dabei ist auch an den aus der demografischen Entwicklung resultierenden vom Ende dieses Jahrzehnts an zunehmenden Mangel an jungen Arbeitskräften zu denken.

Überregulierter Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt kann die Regierung nicht auf eine Selbstheilung durch eine konjunkturelle Erholung und anschließendes anhaltend kräftiges Wirtschaftswachstum hoffen. Denn Letzteres setzt einen flexiblen Arbeitsmarkt voraus. Davon sind wir aber weit entfernt. Stattdessen sind die Arbeitsbeziehungen hier zu Lande durch wenig differenzierte Flächentarifverträge, überzogenen Kündigungsschutz, ein weit reichendes und von den Betrieben oft nur schwer kalkulierbares Richterrecht sowie ausgeuferte kollektive Mitbestimmungsregeln überreguliert und erstarrt. Dieses Regelwerk aufzubrechen, das einseitig nur die Arbeitsplatzbesitzer schützt, aber ein elementares Hindernis für mehr Beschäftigung ist, verlangt Entschlossenheit gegenüber lautstark artikulierten Interessen von Besitzstandswahrern. Aber zur Flexibilisierung der Arbeitskonditionen durch Modernisierung des Tarifvertragsrechts, des Kündigungsschutzes und der Mitbestimmung gibt es keine sinnvolle Alternative. Selbstverständlich kann die notwendige Deregulierungsoffensive umso mehr bewirken, je weiter sie über den Ar-

beitsmarkt hinausreicht und andere verkrustete Märkte sowie consequenten Subventionsabbau einschließt.

Ein weiterer, über die Wirtschaftspolitik im engeren Sinne hinausreichender Punkt ist das Bildungs- und Ausbildungswesen. Die anscheinend nicht enden wollende Reihe von Hiobsbotschaften aus diesem Schlüsselbereich, der zunehmende Fachkräftemangel, die schlechten Ergebnisse internationaler Leistungsvergleiche wie der TIMS-Studie oder zuletzt der PISA-Studie, die Mängelrügen der OECD (schlechte Ausstattung der Schulen, zu wenig effiziente Hochschulen, zu wenige Hochschulabsolventen und anderes), sind ein Alarmzeichen, das dringenden Handlungsbedarf signalisiert. Ohne Modernisierung unserer Schulen und Hochschulen werden wir auf den Märkten des Informationszeitalters nicht bestehen können.

Für die Wirtschaft steht seit langem außer Zweifel: Unser Bildungswesen braucht eine Runderneuerung. Dabei geht es um mehr finanzielle Mittel und eine bessere Erfolgskontrolle, vor allem aber um neue Strukturen.

Unsere Universitäten mögen in der Breite zufrieden stellend ausbilden. Aber sie sind zu wenig effizient und schwerfällig. Vor allem aber fehlen *Centers of Excellence*, Hochschulen mit weltweitem Renommee. Folge ist, dass unsere besten Studenten ins Ausland streben und dann auch nur noch sehr schwer wieder zurückzubringen sind, wenn sie erst einmal in London und New York studiert und gelebt haben. Noch schwieriger ist es, begabte junge Menschen von außen, die wir benötigen, für ein Studium in Deutschland zu gewinnen.

Wer ins Ausland blickt, sieht, dass mehr (finanzielle) Autonomie und mehr Wettbewerb zwischen den Universitäten die Leistungsfähigkeit unseres Hochschulwesens verbessern könnten. Eine Beteiligung der Studenten an der Hoch-

schulfinanzierung durch Studiengebühren (abgedeckt durch Darlehen und Stipendien) würde die Leistungsanreize für Lernende und Lehrende stärken.

Zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes und zur Sicherung der Flexibilität braucht das allmählich alternde Deutschland nicht zuletzt auch Zuwanderung. Zuwanderer zeichnen sich in aller Regel durch eine hohe räumliche und berufliche Mobilität aus. Häufig sind sie in Berufen tätig, die von Einheimischen gar nicht oder nur zu überhöhten, das heißt nicht wettbewerbsfähigen Löhnen ausgeübt würden. Arbeitsintensive Branchen wie die Bauwirtschaft, die Landwirtschaft, aber auch viele Bereiche der Industrie und vor allem der Dienstleistungsbereich könnten ihre Produktion ohne die in der Vergangenheit zugewanderten Arbeitskräfte schon heute nicht mehr aufrechterhalten. In Zukunft werden diese und andere Branchen immer mehr auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen sein, wenn deren Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben und vorhandene Wachstumspotenziale – erinnert sei nur an den Bereich der Pflege – ausgeschöpft werden sollen.

Dies setzt jedoch voraus, dass es vor allem Zuwanderung zu den Arbeitsmärkten gibt, während heute noch in zu vielen Fällen Zuwanderung zu den Sozialsystemen stattfindet. Wenn diese kollabieren, ist jedoch niemandem geholfen. Deshalb bedarf es einer Steuerung der Zuwanderung. Sie sollte nach rationalen Regeln erfolgen, „ohne Angst und ohne Träumereien“, wie es Bundespräsident Johannes Rau treffend formulierte. Orientierungen dafür liefern die klassischen Einwande-

rungsländer. Dort ist Einwanderung nach wirtschaftlichen Kriterien (Arbeitskräftebedarf, Alter, Qualifikation und Integrationsbereitschaft der Zuwanderer etc.) selbstverständlich.

Im weltweiten Wettbewerb um die klügsten und mobilsten Köpfe und Hände genügt es freilich nicht, nur die Grenzen für Experten oder begabte junge Menschen zu öffnen. Vielmehr muss ausländischen Fachkräften signalisiert werden, dass sie hochwillkommen sind. Auch dafür brauchen wir attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen.

Dieser Hinweis zeigt einmal mehr, dass eine Reformpolitik im Schongang, die lediglich auf partielle Verbesserungen setzt, den komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht gerecht wird. Erforderlich ist vielmehr eine konsistente Wirtschaftspolitik aus einem Guss, die auch vor „heiligen Kühen“ der Klientelpolitik nicht zurückschreckt. Konsequente Politik mit guten, klaren Zielen und einem verlässlichen Kurs wird auch die Akzeptanz der Wähler finden. Das zeigen die Erfahrungen von Politikern wie Margaret Thatcher, Ronald Reagan und auch Tony Blair, die auf erfolgreiche Angebotspolitik gesetzt und damit Wahlen überzeugend gewonnen haben. Und diese entspricht auch einer Einsicht Ludwig Erhards, die er mit folgenden Worten beschreibt: „Ich habe in meinem Leben die Erfahrung gemacht, dass man mit kleinen Dingen allzu leicht scheitert, dass aber große Pläne von jener Faszination erfüllt sind, die auch die Menschen rührt und die schon einen Teil des Gelingens ausmacht.“

Dem Sozialismus abgerungen

Was in Leben, Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft Positives in der DDR geschaffen wurde, war in Leidenschaft und List dem Staatssozialismus abgerungen. Dies sind die Biografien, vor denen wir uns in Hochachtung verneigen. Die PDS hat nicht das geringste Recht, sich zur Anwältin dieser Lebensgeschichten zu ernennen.

Christoph Stölzl, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, (Berlin) am 18. Januar 2002